

Dresdener Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden.
Konten der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, A. G. Dresden.
Gebr. Kumbold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 50 Pf., jährlich 2 Mark 50 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).
Telegraphische Adressen: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Weitzingstraße 10, Fernsprecher Nr. 3741. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsleitung: Weitzingstraße 10, Fernsprecher Nr. 3626 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelnenpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Neuanlage 25 Pf., die 10 mm breite Nachlieferung 20 Pf., für anderartige Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Pf. Rabatt. Für Kleinverträge 10 Pf.

Nr. 20

Dresden, Dienstag den 24. Januar 1928

39. Jahrg.

Der Schulhacker

D. Berlin, 24. Januar. (Sig. Funkpruch.) Der Reichsausschuss für die Schulreform hat heute nach der täglichen Rundschau im Bildungsausschuss des Reichstags als Vertreter der Deutschen Volkspartei einen Änderungsantrag zum § 20 des Reichsschulgesetzes eingebracht. Dieser Antrag soll die Umwandlung der Schulpflicht für Simultanschulen in eine unbefristete Schulpflicht bezwecken, während der Regierungszeit nur eine Übergangszeit von fünf Jahren vorläuft. Die Schulpflicht soll dann verschwinden. Die tägliche Rundschau erklärt sich für die Forderung, dass die Deutsche Volkspartei von ihrer bisherigen Stellung des § 20 des Reichsschulgesetzes auch in Zukunft abzuweichen wird.

Die Germania erklärt demgegenüber: „Für die Germania ist der im § 20 enthaltene Gedanke ein Kernstück des ganzen Schulgesetzes. Mit verstärktem Nachdruck hat sie sich dafür ein, dass in der Frage des Elternrechts durch das Reichsschulgesetz allen Deutschen das gleiche Recht gewahrt werde. Es ist für sie ein unentbehrliches Gebot, dass nach dem Willen der Deutschen Volkspartei gewisse deutsche Länder in dieser Beziehung unter ein Ausnahmestück gestellt werden sollen. Falls es der Reichsausschuss nicht möglich sein sollte, dieser grundsätzlichen Auffassung des Zentrum die Rechnung zu tragen, so wird die Germania die Verhandlungen scharf nicht vorzeitig durchbrechen. Ihre Fortführung würde vielmehr nach Gegenüberstellung eines Ausgleich der bestehenden Gegensätze zu verhandeln. Es ist ja auch nicht allein der § 20, in bezug auf den wir noch bestimmte Forderungen durchzusetzen haben, vielmehr auch noch über den § 9, der den geordneten Schulbetrieb betrifft, und den § 14 zu sprechen sein, der gewisse Richtlinien für die Schulverwaltung festsetzt. Der Reichsausschuss hat in der Formulierung der Bestimmungen, die er in der ersten Lesung beschlossen hat, die Folge, dass er die Errichtung von Simultanschulen außerordentlich erschwert und im § 14 bestimmt, dass die Volkspartei der Schulbücher „im Benehmen“ mit den Religionsparteien zu erörtern hat. Die enge Formulierung genügt der Germania nicht. Sie verlangt vielmehr, dass über ihren Sinn und Zweckungen wird und die Worte „im Benehmen“ an der Stelle treten.“

Die Kostenfrage

D. Berlin, 24. Januar. (Sig. Funkpruch.) Das Reichsausschuss befasste sich am Montag unter anderem auch mit der

Kostenfrage für das Reichsschulgesetz. Man konnte in dieser Frage dem Druck der Opposition nicht mehr weichen. Vor allem fordernd auch die Wirtschaft endlich Klarheit. Die Auseinandersetzungen im Kabinett führten am Montag aber noch nicht zu einem Abschluss. Angeblich soll die Kostenfrage noch weiter durch Besprechungen zwischen Vertretern des Reiches und der Länder geklärt werden.

Held lobt Heldt

S. München, 23. Januar. (Sig. Drahtbericht.)

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hat am Montag die Vertreter der Presse empfangen, um ihnen seine Eindrücke von der Berliner Länderkonferenz zu schildern. Als interessant hob Held hervor, dass der sächsische Ministerpräsident sich in allen Punkten auf den gleichen Standpunkt wie Bayern gestellt habe, und ebenso interessiert sei seine Polemik gegen Preußen gewesen. Auch aus den Ausführungen Klemmles sei hervorgegangen, dass er nicht gewillt ist, den Einheitsstaat „zu forcieren“. In den Ausführungen des Reichswirtschaftsministers sei allzu sehr der Geist der Wirtschaft zur Geltung gekommen.

Der Ausschuss

Der von der Länderkonferenz in der Vormoche beschlossene Ausschuss zur Erörterung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern wird, wie der Sos. Pressedienst erfährt, in der nächsten Woche seine Arbeiten aufnehmen.

Der Ausschuss wird 18 Mitglieder zählen. Davon benennt die Reichsregierung 9; die andere Hälfte wird von den Ländern entsandt. Die Reichsregierung hat an die im Verfassungsausschuss des Reichstags vertretenen Länder bereits das Ersuchen gerichtet, ihre Vertreter namhaft zu machen. Außer dem Reichsminister, der den Vorsitz führen wird, sollen der Reichsminister des Innern, der Finanzminister, der Wirtschaftsminister und der Reichsparlamentarier angehören. Ferner ist die Zuziehung angehender Staatsrechtler geplant; man nennt u. a. die Namen Anschütz und Triepel.

Gute Fuhre!

Eine Rundgebung großwahnfinniger Bernegroße

Während der Bundesvorstand des Reichsbanners nicht hat, dass die NSDAP keine Reichsbannertruppe ist, bleibt der Gruppe weiter nichts mehr übrig, als die Mitglieder aufzufordern, aus der Organisation auszutreten, wenn die NSDAP nicht riskieren will, sich ihre zum Reichsbanner neigenden Angehörigen von der Nationalsozialistischen Bewegung der Reichsbanner loszulegen. Die NSDAP gibt ihren Erlaubnis an diese ihre Mitglieder mit einer Ermahnung, als handele es sich hier um eine wirkliche Partei, nicht um ein Grüppchen, das in ganz Deutschland 300 Mitglieder zählt. Der „Volkstaat“ bringt diese Ermahnung des erweiterten Parteiausschusses der NSDAP über die einseitigen politischen Sachverhalte der Sozialdemokratischen Partei demotisch, weil er in seiner Begründung auch festhält, dass die NSDAP durch ihre Erweiterung auf Reichsbanner den offenen Kampf gegen die Sozialdemokratie in ihrem Ruf, nämlich den Ruf, in dem Reichsbanner mehrere Artikel brachte, die mit dem Reichsbanner vertretenen republikanischen Tendenzen nicht zu vereinbaren sind, und dass die „Anerkennung“ der NSDAP in meinem drückten Maße erworben haben. Dieser entscheidende Teil der Begründung lässt die NSDAP, deren „Rundgebung“ völlig unter den Tisch fallen, was die NSDAP nicht nur richtig zur Kenntnis genommen hat. So war denn festzuhalten, dass die NSDAP nicht den Mut haben würde, mit diesem Teil der Magdeburger Begründung auseinanderzusetzen. Aber gerade daraus wäre es allmählich an die Hand zu nehmen, wenn ein gewisser Teil der demokratischen Partei endlich mit der Last abfände, dass die „nationalsozialistischen Tendenzen“ der NSDAP nicht nur eine Anerkennung des Herrn Riefisch, sondern der gesamten Gruppe, die die demokratische Presse die „Volk und Volk“ nennt, ist aufzufordern, von diesem völkischen Spuk ablassen und sich demokratisieren und zu was sie geworden sind, sie denken nicht daran. Sie sind in ihrer Bewegung noch genau wach, wo sie überhaupt stehen.

Die Chemnitzer Volkstimme erinnert zur gleichen Zeit an eine Voraussage, die den Dreifachparteiern einst ausgerechnet Herr Riefisch stiftete: „Er

war es, der ihnen damals zurief, dass ihre „provinzielle Horizontenge“ nicht mehr übertriften werden könne, und dass die „Politik dieser Leute nicht anders enden würde als unter der Flagge des Hakenkreuzes. Riefischs Wort hat sich also erfüllt, aber das Selbstane dabei ist, dass die NSDAP gerade unter seiner Führung mit vollen Segeln in den nationalsozialistischen Wind ging. Moralisch war diese Partei schon lange gestorben. Im sächsischen Parlament werden die übrig gebliebenen vier Abgeordneten der NSDAP, auch vom Bürgerum nur noch als notwendige Handlanger angesehen, deren Dienste man braucht, aber mit denen man möglichst wenig in menschliche Verührung kommt. Keiner von den dreizehnwändig Abgeordneten, die jahrelang jeden Parteivillen mit Füßen getreten hatten und sich ihre eigene Rechtfertigung mit einer gewissen Staatsphilosophie machten, ist persönlich unter die Räder gekommen. Alle, ohne Ausnahme, sind für den Verrat, den sie an ihrer Partei und an der Sache der Nation begangen hatten, mit einem angenehmen Bößchen belohnt worden. Dieser Kampf um den persönlichen Vorteil nahm geradezu peinliche und groteske Formen an, als Völkche, der lauteste Rufer im Streit gegen die sächsische Partei, seine Entscheidung über die Annahmlichkeit eines kommunistischen Abgeordneten davon abhängig machen wollte, ob ihm die Kommunisten sein Gehalt bewilligen würden. Damit war diese Partei moralisch auf die tiefste Stufe gesunken.“

Die reaktionäre Presse springt der aus dem Reichsbanner ausgeschlossenen Gruppe natürlich hilflos bei. Die Leipziger Neuesten Nachrichten, das arbeitervölkische Scharfmacherblatt Sächsischen, blasen die Vaden gegen den Magdeburger Bundesvorstand mächtig auf und kommen ihrem NSDAP-Schlingel in der neuesten Nummer mit einem ganzen Leitartikel zu Hilfe. Die NSDAP wird sich dieser Sympathien auch würdig zu zeigen wissen. Der Volkstaat kündigt bereits an, dass der erweiterte Parteiausschuss der NSDAP gleichzeitig beschließen habe, sich an den kommenden Reichstagswahlen mit eigenen Kandidaten zu beteiligen. Warum auch nicht? Wir haben so viele Splitterparteien in Deutschland, dass es auf die eine mehr wahrlich nicht mehr ankommt. Die wird im gleichen Aufwachs mit abgetan werden. Selbst dann, wenn verschiedene bürgerliche Blätter im Falle NSDAP vergesßen sollten, wie sehr sie sich bisher gegen Splitterparteien ausgesprochen haben!

Die Konfursmasse

H. F. Herr Gehler hat sich mit seinem „Danke“ an die „Rehrmacht“ nach außen hin einen leidlichen Abgang sichern wollen. Die Generale werden sicher mit der achtjährigen Amtstätigkeit des nun Gefallenen zufrieden gewesen sein. Die Art seines Abganges aber erfordert doch noch einige Randbemerkungen. Zumal die Sozialdemokratische Partei seit Jahren den Rücktritt Gehlers gefordert hat. Und es sei daran erinnert, dass sie schließlich wiederholt sich zu der Erklärung veranlaßt sah, der Eintritt in eine Regierung, der Gehler angehört, komme für sie von vornherein nicht in Frage. Dieser Umstand spielte auch bei der letzten schweren Regierungskrise vor reichlich einem Jahre eine Rolle.

Als der Reichszentralrat vorige Woche im Reichstage unmittelbar nach der Rede des Finanzministers vor Beginn der Etatsdebatte die Erklärung in der Rhoebus-Sache abgab, kam das allen Fraktionen überraschend. Vielleicht haben nicht einmal die Regierungsparteien darum gewußt, denn sonst wäre die Aktion sicher vorher bekannt geworden. Diese Erklärung ist in ihren Einzelheiten geradezu vernichtend für die Amtsführung Gehlers und die Rolle, die er als Wehrminister gespielt hat. Eine Plamange sonderlichen für einen Minister, der bei jeder Gelegenheit besonders betonte, daß er in seinem Ressort alles bei seinen vier Ripeln habe. Ihm konnte seiner. Man erinnere sich, wie die Kollegen des Abgeordneten und eine ihm wohlgesinnte Presse ihm goldene Brücken zu bauen suchten. Die Möglichkeit des Rücktrittsentchlusses fiel immerhin auf. Was aber war denn in den Zeitungen zu lesen: die Regierung wolle Gehler nicht ziehen lassen. Hindenburg selbst wende alle Ueberredungskünste auf, um Gehler zum weiteren Verbleiben heraufzurufen. Am sein Haupt wurde noch im letzten Augenblick die Gloriole des Lichten. Unentbehrlichen geworden.

Nach der Rhoebus-Erklärung oder weiß man bestimmt, daß dieses ganze Getue nichts weiter als eine schwere Täuschung der Öffentlichkeit gewesen ist! Denn daß die Regierung von alledem, was in jener Erklärung des Reichszentralrats, die schriftlich fixiert, also von den Ministern vereinbart war, noch nichts gewußt haben sollte, als Gehler den Abschied einreichte, erscheint ganz ausgeschlossen. Herr Marx erklärte: „Die Untersuchung hat einen Totbestand aufgestellt, der von der Regierung aus ernste mich billigt wird.“ Das ist, wenn Worte einen Sinn haben sollen, ein glattes, unverblühtes Mißtrauensvotum gegen Gehler. Denn er ist verantwortlich für die unerhörte Schweinerei, die sich in seinem Ministerium zutrug. Wenn es richtig ist, daß er davon nichts oder nichts Genaueres gemerkt hat, dann verbessert das seine Position nicht, es verschlimmert sie. Man denke nur an die Dementis, die das Reichswehrministerium losließ, als in der Presse Rumor geschlagen wurde. Nunmehr muß die Regierung bekennen, daß alle wesentlichen Behauptungen stimmen! Kein Zweifel: die Rhoebus-Affäre hat Herrn Gehler gestürzt, sein Rücktritt war kein freiwilliger. Und wenn Hindenburg ihn ernstlich hat halten wollen, dann muß auch er über den wirklichen Sachverhalt schwer und unverantwortlich getäuscht worden sein. Das alles zeigt ein böses Mänkepiel, für das nicht Gehler allein, sondern die ganze Regierung verantwortlich gemacht werden muß, die erst Lobeshymnen auf den Gelehrten anstimmte und einige Tage später ihm den verdienten Zutritt gibt. Wer soll da überhaupt noch Treu und Glauben bei dieser Regierung suchen!

In der Sache selbst ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Bei der Veratung des Wehrrechts sollen, wie Herr Marx sagte, noch nähere Auskünfte gegeben werden. Da wird man sich besonders mit den Geheimnissen des Wehrministeriums noch etwas gründlicher befassen müssen, die den ganzen Rhoebus-Fall überhaupt erst ermöglichten. Es war dem aufmerksamen Beobachter schon längst aufzufallen, daß man in diesem Ressort sozusagen aus dem vollen wirtschaftlichen. Schon manche der in den Etat gestellten Summen und ihre Verwendung umgab ein geheimnisvolles Dunkel. Jetzt aber hat der Reichszentralrat unumwunden angegeben, daß ein Geheimnis besteht oder bestand, aus dem man Millionen über Millionen in die Rhoebus hineinstülpern konnte. Noch immer ist schleierhaft, zu welchem Zweck. Die einzige Erklärung, daß man die deutsche Filmindustrie aus „nationalen“ Gründen vor Ueberforderung bewahren wollte, reicht bei weitem nicht aus. Bei den ungeheuren Kapitalien, die für die Filmindustrie in Frage kommen, wären die sechs bis acht Millionen Mark verfliegen wie Wasser auf einem heißen Stein. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß da auch persönliche Interessen eine Rolle gespielt haben. Herr Marx hat sich gegenüber solchen Vermutungen zunächst recht vorfindig ausgedrückt. Die Behauptungen der Presse wegen persönlicher Geizhäre hätten sich „nicht erhärten lassen“. Dieser Punkt bedarf entschieden weiterer Forschung und Klarstellung.

Bemerkenswert ist ferner, wie dieser anrüchliche Geheimfonds, der starke Ähnlichkeit mit einer Störungsaffäre hat,